

**DIE LINKE lehnt Grundrenten ab,
echte genauso wie falsche.**

Deshalb wird DIE LINKE weiter kämpfen

- für einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro brutto, der vor Armut heute und im Alter schützt,
- für eine Solidarische Mindestrente, die sicherstellt, dass niemand im Alter von weniger als 1050 Euro netto leben muss,
- für eine Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten,
- für 93 Euro ‚Mütterrente‘ für jedes Kind und
- für ein Rentenniveau von 53 %, also für eine Rentenerhöhung um 10 %!

Pressemitteilung Birkwald vom 23.08.2018

„Falls Finanzminister Olaf Scholz es mit seiner Forderung wirklich ernst meinen sollte und kein Sommertheater aufführt, dann stimmt die Richtung, aber er springt zu kurz. Die Jungen und die Mittelalten von heute sind die Rentnerinnen und Rentner von morgen. Eine IG Metall-Studie ergab, dass die Jungen gerne bereit sind, mehr in die Rentenkasse einzuzahlen, wenn sie sicher sein können, dann später im Alter selbst eine auskömmliche Rente zu erhalten“, erklärt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Birkwald weiter:

„In Österreich zahlen die Beschäftigten 10,25 Prozent ihres Bruttoeinkommens in die Rentenkasse und die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen 12,55 Prozent. Macht zusammen 22,8 Prozent. Ehemalige Arbeiter und Angestellte erhalten in Österreich durchschnitt-

lich über 1000 Euro mehr Rente im Monat im Vergleich zu Deutschland. Und bei den Frauen sind es immerhin deutlich über 350 Euro mehr.

Das österreichische Rentensystem ist bis 2060 nachhaltig finanziert. Das liegt auch daran, dass in Österreich alle Erwerbstätigen in die Rentenkasse einzahlen: auch Beamte und Beamtinnen, auch Politikerinnen und Politiker, Ärzte, Anwältinnen und Anwälte und Selbstständige. Dies fordert auch DIE LINKE.

Ich schlage vor, dass in Deutschland der Beitragssatz jedes Jahr um einen Prozentpunkt steigt, bis er die österreichischen 22,8 Prozent erreicht und die Steuermilliarden für die Rierterförderung in die gesetzliche Rente umgelenkt werden. So ist das Rentenniveau von 53 Prozent aus dem Jahre 2000 mehr als seriös finanzierbar.

Außerdem brauchen wir eine steuerfinanzierte einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente. Niemand soll von weniger als 1050 Euro leben müssen. In Österreich gibt es zwei steuerfinanzierte Mindestrenten. Die eine liegt bei 1061 Euro im Monat für all jene, die sich mindestens einen einzigen Cent Rentenanspruch im österreichischen Rentensystem erarbeitet haben. Und für alle die, die mindestens 30 Jahre eingezahlt haben, liegt die österreichische Mindestrente sogar bei 1192 Euro. Steuerfrei. Das ginge auch in Deutschland.

All diese Vorschläge zusammen garantierten ein würdevolles Leben im Alter für alle. Und: Unsere Vorschläge sind finanzierbar. Aktuell würden Durchschnittsverdienende und ihre Chefs nur je 32 Euro mehr im Monat in die Rentenkasse zahlen müssen, um ein Rentenniveau von 53 Prozent zu finanzieren. Auch im Jahr 2030 wäre dies finanzierbar.“

**Die Veranstaltung wird durchgeführt vom
Bezirksverband Eimsbüttel**

Kielerstraße 689

22527 Hamburg

VisdP: JGerald Kempski

DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg - Eimsbüttel

Olga Fritsche

(Kandidatin zur Bürgerschaftswahl)

trifft

Matthias Birkwald (MdB)

**(Rentenpolitischer Sprecher der
Linksfraktion im Bundestag)**

**Vortrag und
Diskussion:
Statt Altersarmut-
Renten rauf!**

Dienstag, 4. Februar 2020,

Beginn 19:00

„oberhaus“ (in der ETV-Halle)

Bundesstrasse 96

22527 Hamburg

Zu erreichen mit Metrobus Linie 4

bis Kaiser-Friedrich-Ufer

oder U-Bahn Linie 2 bis Christuskirche



Matthias Birkwald (MdB)

Sozialminister Hubertus Heil will mit einem Rentenpaket neues Vertrauen in die Alterssicherung schaffen. Die Rente sei „ein Kernversprechen unseres Sozialstaates“, sagte der SPD-Politiker bei der Vorlage seines Gesetzentwurfs.

Stimmt das? Hier die Fakten:

Letztes Jahr haben in Deutschland insgesamt knapp 760.000 Personen erstmalig eine gesetzliche Altersrente erhalten. Im Durchschnitt betrug deren Rentenhöhe nicht einmal 880 Euro pro Monat. Viele, insbesondere Frauen, aber auch Bezieher einer Regelaltersrente, erhielten im Schnitt sogar weitaus weniger.

In diesem Zusammenhang sollte man die Armutgefährdungsgrenze von 781,- € erwähnen.

Besonders problematisch ist die Situation für Frauen in den alten Bundesländern. Ihnen fehlen im

Durchschnitt 18 Beitragsjahre. Da Frauen für die gleiche Tätigkeit durchschnittlich auch noch 22 Prozent weniger verdienen als Männer, ist es nicht verwunderlich, dass eine Durchschnittsrentnerin deutlich weniger erhält als ein Standardrentner.

Vieles wird sich ändern müssen, damit nicht immer mehr Menschen nach lebenslanger Erwerbstätigkeit in die Altersarmut fallen. Matthias Birkwald ist der Rentenexperte der Bundestagsfraktion der LINKEN. und wird die Vorschläge der LINKEN für ein vernünftiges Rentenkonzept erläutern.

Matthias W. Birkwald:

GroKo-Rentenpolitik tritt auf der Stelle und versagt im Kampf gegen Altersarmut!

Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen von Union und SPD ist aus Sicht der heutigen Rentnerinnen und Rentner und der jungen Generation enttäuschend. Statt die vorhandenen finanziellen Spielräume auszunutzen und im Kampf gegen Altersarmut vernünftig einzusetzen, wird der Beitragssatz begrenzt und die Rentenkasse wird weiter geschröpft. Echte Leistungsverbesserungen für heutige und zukünftige Rentnerinnen und Rentner sucht man vergebens.

Nur sehr wenige Mütter mit drei und mehr Kindern und nur neue RentnerInnen unter 65 Jahren, die zu krank sind, um zu arbeiten, (Erwerbsminderungsrenten) dürfen auf bessere Renten hoffen. Alle anderen gehen leer aus. Das wird zu Unmut bei vielen Menschen führen. Mütter mit ‚nur‘ zwei Kindern, erwerbsgeminderte RentnerIn-

nen, die ein Jahr ‚zu früh‘ krank wurden und arme RentnerInnen, die nur 33 Beitragsjahre erreichen. Sie alle gehen leer aus.

Und es bleibt dabei, dass die besseren ‚Mütterrenten‘ nicht komplett aus Steuermitteln finanziert werden, sondern überwiegend aus Beitragsmitteln. Damit gehen Jahr für Jahr rund zehn Milliarden Euro für ein höheres Rentenniveau verloren. Die Stabilisierung des Rentenniveaus ist ein erster Schritt in die richtige Richtung und ein Erfolg für Gewerkschaften, Sozialverbände und DIE LINKE. Es wäre aber dringend nötig, das Rentenniveau von gut 48 Prozent auf 53 Prozent anzuheben. Das war das lebensstandardsichernde Niveau, bevor Schröder, Fischer und Riester begannen, die gesetzliche Rente zu ruinieren. Zudem ist die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent in dieser Wahlperiode nur weiße Salbe, weil es bis 2021 nach allen Prognosen sowieso nicht stärker sinken werden wird.

Für sehr wenige ältere Menschen mit mindestens 35 Beitragsjahren wird eine etwas höhere Sozialhilfe im Alter eingeführt werden, aber die Rente wird nicht für Alle armutsfest umgebaut werden. Das aber wäre dringend nötig.

Das hilft wenigen Betroffenen zu wenig und lässt viel zu viele Betroffene arm zurück! Das fälschlicherweise „Grundrente“ genannte Konstrukt ist nur eine Grundsicherung plus, mehr nicht und leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein.